



TOP 16

Bericht von der EKD-Synode

in der Sitzung der 16. Landessynode am 2. Juli 2021

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohe Synode!

Vorbemerkung:

Die Konstituierende Sitzung fand rein digital statt. Trotz gut funktionierender Abstimmungstools und abwechslungsreichen und anregenden Methoden, um sich zumindest virtuell zu begegnen war das gegenseitige Kennenlernen nur begrenzt möglich. Vor allem für die Neuen war es nicht einfach auf diese Weise gut in den synodalen Prozess reinzukommen.

Ein paar Eindrücke von den Berichten und Beschlüssen der konstituierenden Sitzung der 13. Synode der EKD:

Präsidiumsbericht zur 13. Synode der EKD: Letzter Präsidiumsbericht der scheidenden Präses, Irmgard Schwaetzer

Die scheidende Präses der 12. EKD Synode, Irmgard Schwaetzer, hielt ihren Abschlussbericht. Für eine Synode sei es zentral „einen wachen Blick zu behalten für das, was „dran“ ist in Kirche und Gesellschaft. Sie fordert christliche Überzeugungen mutig in die gesellschaftliche Diskussion einzubringen, auch das, was widerständig und unbequem ist.

Es gehört zu den zentralen Aufgaben der Synode, sich inhaltlich mit aktuellen Fragestellungen zu befassen, Beschlüsse zu bearbeiten und den Rat durch Richtlinien zu begleiten.

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen bleibt Thema für die 13. Synode. Menschen sind gestorben, viele konnten nicht Abschied nehmen, Existenzen wurden im Lockdown vernichtet. Kirche soll Trauer zulassen und begleiten und zugleich Hoffnung verbreiten.

Die Veränderungen haben aber auch große Kreativität freigesetzt. Viel Neues ist entstanden, das in die Zukunft weist. Wo und wie müssen wir uns verändern, um in einer digitalisierten Welt das Evangelium zu verkünden?

Auch die Mitgliederentwicklung der vergangenen Jahre stellt uns vor die Aufgabe, nach der Zukunft unseres geistlichen Lebens zu fragen. Wir müssen Traditionen und Gewohnheiten hinterfragen und neue Wege der Verkündigung finden.

Auf Jahre hinaus bleibt die Aufarbeitung von Fällen sexualisierter Gewalt in der evangelischen Kirche Thema und Herausforderung. Dazu ist größtmögliche Transparenz nötig, die Beteiligung der Betroffenen und eine gemeinsame Aufarbeitung mit ihnen.

Am Thema Friedensarbeit soll in der 13. Synode ebenfalls weitergearbeitet werden.

Die Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe 2022 könnte ein Anlass sein, sich auf der Tagung im November ausführlicher mit der Ökumene im 21. Jahrhundert auseinanderzusetzen.

Weiter wird die Synode die Frage nach dem assistierten Suizid beschäftigen, wie evangelische Einrichtungen damit umgehen und welche Antworten wir auf Dilemmasituationen geben, als Thema der Synode.

Die Ratswahlen werden eine der ersten prägenden Entscheidungen sein.

Die 13. Synode der EKD ist wesentlich jünger als ihre Vorgängerin: Mehr als 20 Synodale sind noch keine 27 Jahre alt. Künftig werden die Perspektiven und Fragestellungen der jungen Generation mehr Gewicht haben.

Künftig sollen die verbundenen Tagungen um zwei Tage verkürzt und inhaltlich gestrafft werden.

Bericht des EKD-Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm

„Die Trümmer sind nicht das letzte Wort. Das ist die Hoffnung, aus der wir auch in diesen Pandemiezeiten leben.“ Das sagt der Ratsvorsitzende mit Bezug auf das Wort des Propheten Jesaja: „Er tröstet alle ihre Trümmer und macht ihre Wüste wie Eden und ihr dürres Land wie den Garten des Herrn...“

Diese Perspektive der Hoffnung fordert der Ratsvorsitzende im Hinblick auf die Kirchenentwicklung: Die Pandemie komme zu einer Zeit, in der die Kirche ihren Ort in der Gesellschaft neu bestimmen muss. Sie soll nicht alten Zeiten nachtrauern, sondern aus dem Geist des Aufbruchs, der Zuversicht und des Gottvertrauens in die Zukunft gehen. Inhaltlich dienen die 12 Leitsätze als Orientierung.

Der EKD-Zukunftsprozess, „Kirche im digitalen Wandel“ (Digitalisierungsprozess) hat schon vor der Pandemie begonnen und bereits Früchte gezeigt dank der Jugendsynodalen, die das Synodenthema „Digitalisierung“ bereits 2014 angestoßen hatten.

Eine Neuausrichtung der Finanzstrategie ist künftig von Bedeutung. Die vorige Synode hat einen Katalog von Konsolidierungsmaßnahmen beschlossen, der das Ziel hat, bis zum Jahr 2030 mit 30 % weniger Zuwendungen auszukommen. Es stehen schmerzhafteste Prozesse an. In diesem Prozess wird es darum gehen andere Finanzierungsquellen in den Blick zu nehmen, Chancen von Kooperationen zu nutzen, um eine sensible Kommunikation und eine geistliche Grundhaltung, die nicht von Knappheit, sondern von Fülle geprägt ist.

Auch er sieht das Thema „Assistierter Suizid“ als weiterhin zentral an. Innerkirchliche Diskussionen sind notwendig, dürfen uns aber nicht davon abhalten, in die Welt hinein zu wirken und dass Unsere dazu beizutragen, dass vom christlichen Zeugnis Kraft und Orientierung ausgeht.

Er sieht einen Unterschied darin, ob eine bestimmte Option in bestimmten extremen Dilemmasituationen als persönliche Gewissensentscheidung ergriffen wird oder ob sie von vornherein gesetzlich zugelassen und offiziell geregelt und damit von schwerwiegenden persönlichen Gewissensentscheidungen unabhängig gemacht wird. Als Kirche sollen wir Sterbende auf ihrem letzten Weg begleiten unabhängig davon, wie dieser Weg aussieht. Eine kirchlich-diakonische Einrichtung sollte sich aber nicht selbst an der Organisation und Durchführung der Suizidassistenz beteiligen. Kirche muss für die Ermöglichung des Lebens stehen und sich durch liebevolle Begleitung, optimale palliative Fürsorge und gute Seelsorge profilieren, nicht aber durch Sterbehilfe!

Aufarbeitung sexualisierter Gewalt: ein erster Schritt der Kirche ist das erfahrene Unrecht anzuerkennen und aufzuarbeiten, wie es dazu kommen konnte. Prävention soll gefördert werden, um solche Taten in der Zukunft zu verhindern. Er ruft dazu auf sich der Thematik zu stellen und nichts zu vertuschen. Eine Aufarbeitung ist so zu leisten, dass sie das uneingeschränkte Vertrauen auch von Betroffenen genießt.

Migration, Flucht und Integration: dass angesichts der humanitären Notsituation an den Grenzen Europas immer noch nichts Wirksames geschehen ist, um die Not zu beenden, bezeichnet er als

eine Schande. Die dortigen Zustände stehen im tiefen Widerspruch zu allem, wofür Europa und wofür das Christentum steht.

Wir hätten Möglichkeiten zu helfen, ohne überfordert zu werden, denn die Zahl der nach Deutschland kommenden Flüchtlinge ist auch 2020 weiter zurückgegangen. Die Zahl der Erstanträge geht beständig zurück und ist im vergangenen Jahr mit rund 102.500 weniger als die Hälfte unter der im Koalitionsvertrag verankerten Höchstzahl von 220.000.

Als Kirche helfen wir weiter denjenigen, die so verzweifelt sind, dass sie auf lebensgefährlichen Booten übers Mittelmeer nach Europa zu gelangen versuchen. Aus der Sicht christlicher Grundorientierungen ist es für das Hilfshandeln nicht entscheidend, warum Menschen in Lebensgefahr geraten. Sondern nur, dass sie in Lebensgefahr sind. Und dann muss man –jenseits aller politischen Diskussionen –schlicht retten. Er ist dankbar für das Engagement der EKD für ihre Rettung. Entscheidend sei bei allen Diskussionen, dass die Seawatch 4 beim ersten Einsatz Anfang Mai 455 Menschen das Leben gerettet und einen sicheren Hafen zugewiesen bekommen hat.

Er verweist in seinem Bericht auch auf die globale Impf- Ungerechtigkeit: „Wir alle hierzulande gehören faktisch zu den Bevorzugten dieser Welt, wenn man die extreme Ungerechtigkeit in der weltweiten Verteilung der Impfstoffe in den Blick nimmt. Impfstoffe sind für die ärmeren Länder der Südhalbkugel schlicht unerschwinglich, weil sich die entwickelten Länder 80 Prozent der verfügbaren Impfstoffe gesichert haben. Das ist ein humanitärer Skandal und eine ausgesprochene Kurzsichtigkeit, denn im Kampf, um Impfstoffmengen global zu denken, ist auch in unserem eigenen Interesse. Das Virus kann nur global besiegt werden oder gar nicht.“

Das Thema Klimaschutz findet im mündlichen Bericht nur als Stichwort Erwähnung, es ist der gekürzten Redezeit zum Opfer gefallen. In der schriftlichen Langfassung schreibt er dazu bezugnehmend auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 29. April: „Es ist unvereinbar mit dem Grundgesetz, wenn die jetzige Generation die Kosten ihres Lebensstils den kommenden Generationen aufbürdet. Was wir jetzt verursachen, müssen wir auch zu bezahlen bereit sein. Das ist eigentlich für jeden und jede einleuchtend. Ab jetzt gilt dies auch im Verhältnis zu den kommenden Generationen. Das „zu teuer“, dass lange als Gegenargument gegen beherzte Schritte zur Erreichung der Pariser Klimaziele verwendet worden ist, gilt seit dem 29. April nicht mehr. Dieser Tag war deswegen ein historischer Tag für den Klimaschutz in Deutschland.“

BESCHLUSS der 13. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland auf ihrer 1. Tagung zu Kinder, Jugendliche, junge Erwachsene und Familien jetzt besonders unterstützen

Die Synode macht nachdrücklich auf die pandemiebedingte besondere Belastung der meisten Familien und die psychosoziale Situation der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch die Pandemie aufmerksam.

Die Synode begrüßt die Verabschiedung der Eckpunkte eines Corona-Pakets für Kinder und Jugendliche durch das Bundeskabinett in Höhe von zwei Milliarden € für den Abbau von Lernrückständen und zur Förderung frühkindlicher Bildung, für Freizeit-, Ferien- und Sportaktivitäten sowie für die Begleitung von Kindern und Jugendlichen im Alltag und in der Schule.

Sie fordert auch die psycho-sozialen Folgen und Veränderungen zu bearbeiten und stärkende Gemeinschafts- und Entlastungserfahrungen machen zu können, und die Ressourcen unbürokratisch zur Verfügung zu stellen, um rasch gleiche Bildungschancen und uneingeschränkte Teilhabe zu gewährleisten.

Die Synode bittet alle kirchlichen Ebenen, die Diakonie, Einrichtungen und Werke,-Kindern, Jugendlichen und Familien in und nach der Pandemie Räume zu bieten und besondere Aufmerksamkeit zu schenken, um die Pandemieerfahrungen psychisch und geistlich bearbeiten können, um Resilienz entwickeln und Bildungs- und Entwicklungsnachteile ausgleichen können.

(BESCHLUSS zur Änderung der Geschäftsordnung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland vom 7. Mai 2021

Ein weiterer Beschluss war die Änderung der Geschäftsordnung (gemäß Artikel 26 Absatz 2 Satz 3 der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland) um in Ausnahmefällen über eine abweichende Art der Durchführung der Tagung entscheiden zu können und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit die Mitglieder ihre Rechte einschließlich der Abstimmungsmöglichkeiten uneingeschränkt wahrnehmen können.)